

Christian Kühn (Tübingen)

- (A) terium hat ja bereits Gutachten auf den Weg gebracht, ein Planspiel gemacht. Ich verstehe nicht, warum Sie das nicht einfach umsetzen.

(Ulli Nissen [SPD]: Es gilt das Struck'sche Gesetz! Auch hier!)

Ich verstehe es beim besten Willen nicht, und Fridays for Future und die Menschen da draußen verstehen auch nicht, dass Sie auch hier beim Klimaschutz versagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zur Reichweite, Herr Wanderwitz. Wissen Sie, wie viele Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger es 2010 in Deutschland gab? 1 Million. Jetzt sagen Sie: Wir erhöhen die Reichweite massiv auf 60 000. Seit 2010 haben wir in den Städten eine Mietenexplosion. Das zeigt doch: Dieser Empfängerkreis ist mitnichten einer, der die sozialen Probleme beim Wohnen löst. Deswegen brauchen wir eine andere Berechnungsmethode. Deswegen ist es Augenwischerei, was Sie heute hier zur Reichweite dieser Novelle gesagt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kochen das Wohngeld weiter auf Sparflamme. Wenn Sie damit weitermachen und das das Einzige bleibt, was Sie in Richtung soziale Gerechtigkeit beim Wohnen tun, dann ist das erbärmlich, dann ist das keine Absicherung des Grundrechtes auf Wohnen. Dagegen werden wir hier im Parlament die Stimme erheben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Karsten Möring das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Karsten Möring (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes auch von meiner Seite einen Dank an den Bundesrat, dass er es endlich geschafft, die Sonder-AfA zu verabschieden. Das ist zwar heute nicht unser Thema; aber wir können jetzt einmal feststellen, dass wir bei der Wohnungsfrage auf mehrere Säulen setzen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau mit erheblichen Mitteln ausgestattet, die wir vom Bund in die Länder bringen, die Länder geben noch etwas dazu. Wir haben die Förderung im bezahlbaren Mietwohnungsbau ein Stück vorangebracht. Heute reden wir über die individuelle Komponente, nämlich über das Wohngeld.

Ich will die Zahlen, die der Kollege Wanderwitz und meine Kollegin Nissen vorhin im Detail schon ausgebreitet haben, gar nicht wiederholen, sondern auf den Kern des Problems

(Daniel Föst [FDP]: Politikversagen!)

kommen und sagen: Das Wohngeld ist eine flexible Möglichkeit, auf die Situation am Wohnungsmarkt zu reagieren. Das, was wir mit der Erhöhung der Reichweite und

der Erhöhung des Betrages gemacht haben, ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation. Dazu gehört auch die Dynamisierung, das heißt die Anpassung alle zwei Jahre. Unterstellt, dass sie im Bestand mieten, bedeutet das für den Großteil der Wohngeldempfänger tatsächlich eine deutliche Verbesserung. Die Mietsteigerungen sind im Wesentlichen, abgesehen von den regionalen Hotspots, im Bereich der Neuvermietung. So profitiert von dieser Wohngelderhöhung in der Tat eine große Zahl von Mietern, deren Situation sich auch als Bestandsmieter verbessert.

Ich bin der Kollegin Connemann sehr dankbar, dass sie uns auf das besondere Problem der Inseln hingewiesen hat. Meine Kollegin Nissen hat es vorhin schon angesprochen: Wir haben uns nur sehr kurz abgestimmt und verabredet, dass wir hierfür im Beratungsprozess eine Regelung finden werden, die die Sondersituation auf diesen Inseln berücksichtigt. Der Bundesrat hätte gerne eine Länderöffnungsklausel. Die sehen wir kritisch; aber wir wollen die Gemeinden, wo die Bewohner keine ernsthafte Alternative zum Ausweichen haben, wenn Mieten zu hoch sind, wie das bei den Inseln ohne Festlandanbindung der Fall ist, in einer Sonderregelung berücksichtigen. Das halten wir für unbedingt notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf die anderen Fragen ist schon hingewiesen worden. Die Mietstufe VII ist eine Reaktion auf die veränderte Struktur unserer Miethöhen. Die Erhöhung und die Ausweitung der Reichweite erlauben ein flexibles Reagieren auf die Situation.

(D)

Zum Antrag der FDP möchte ich nur eines sagen: Wir wissen, dass viele Wohngeldberechtigte gar kein Wohngeld beantragen. „Die Zeit“ hat neulich eine Untersuchung gemacht und versucht, zu analysieren, welche Gründe dafür vorliegen, und hat als einen Grund genannt, dass viele Menschen meinen, Wohngeld habe irgendetwas mit Hartz IV zu tun. Wohngeld ist eine völlig andere Kategorie. Wenn wir aber wissen, dass zu wenige das in Anspruch nehmen, obwohl sie berechtigt sind, dann muss es unser gemeinsames Interesse sein, dieses Instrument stärker einzusetzen und bekannt zu machen.

Wir können nicht einfach nur die PS erhöhen, wir müssen sie auch auf die Straße bringen, um mit diesem Bild zu arbeiten. Das muss unsere gemeinsame Anstrengung sein, auf kommunaler Ebene, die es weitgehend umsetzt, aber auch von uns, indem wir die Menschen darauf aufmerksam machen.

(Hagen Reinhold [FDP]: Also liberales Bürgergeld! Wunderbar! Dann bekomme ich das ja automatisch!)

– Ich habe noch nie von liberalem Geld gehört, Herr Kollege. – Also, wir werden das machen.

(Ulli Nissen [SPD]: Ist das Schwarzgeld?)

Letzter Satz dazu. Wenn die Länder bei dieser Erhöhung vom Bund gerne einen höheren Anteil haben wollen, dann sage ich: Die Länderhaushalte sind genauso gut wie der Bundeshaushalt in der Lage, diese Mehr-

Karsten Möring

- (A) kosten zu tragen. Was sie dort mitfinanzieren, ist dann im SGB-Bereich in den Kommunen nicht notwendig. Deswegen bleibt es bei der paritätischen Finanzierung in diesem Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Bernhard Daldrup für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bernhard Daldrup (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst, zu sagen: Herr Hemmelgarn, wer so postet wie Sie, der sollte nicht von selbstgefälliger Selbstdarstellung reden. Halten Sie sich einfach zurück!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wohngipfel fand im September des letzten Jahres statt. Wir haben insgesamt 30 ganz unterschiedliche Maßnahmen für den Wohnungsbau, die Sicherung der Bezahlbarkeit des Wohnens, die Senkung der Baukosten sowie zur Fachkräftesicherung beschlossen. Zusammen mit dem Wohngeldstärkungsgesetz, das der Staatssekretär zu Beginn der Debatte vorgestellt hat, zeigen die Maßnahmen: Die Große Koalition liefert im Bereich des Wohnens. Sie liefert konkrete Ergebnisse.

(B)

(Lachen bei der FDP)

– Ja, das ist garantiert so, Herr Föst. – Dazu gehören viele Maßnahmen der Objektförderung, beispielsweise der soziale Wohnungsbau, aber eben auch die sogenannte Subjektförderung, also die konkrete Unterstützung von Mieterinnen und Mietern. Das ist für uns kein Gegensatz, sondern das sind korrespondierende Maßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es freut mich, dass es echte Fortschritte gibt. Wir haben die Erhöhung des Wohngeldes beim Wohngipfel versprochen, und wir halten unser Wort. Das soziale Netz hält. Mit der Umsetzung der Wohngeldnovelle sorgen wir dafür, dass mehr Menschen mehr Wohngeld bekommen. Auf die Zahlen ist im Einzelnen schon hingewiesen worden. Zuerst ist das Wohngeld seinerzeit von Frau Dr. Hendricks als zuständige Ministerin angepasst worden. Seit dieser Zeit sind die Mieten in vielen Regionen deutlich gestiegen. Es ist also höchste Zeit, das Wohngeld anzupassen; denn mehr Wohngeld bedeutet auch mehr soziale Sicherheit für die betroffenen Menschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir reden oft über Bürgerinnen und Bürger, die trotz Arbeit zu wenig verdienen, um sich eine gute Wohnung leisten zu können oder von jenen, die aus ihrem gewohnten Umfeld möglicherweise vertrieben werden, über äl-

tere Menschen, die ein langes, hartes Arbeitsleben hinter sich haben und mit einer Rente auskommen müssen, die ihnen nach Abzug der Miete zu wenig für ein gutes Leben übrig lässt. (C)

In Zahlen bedeutet das: Von der nun auf den Weg gebrachten Wohngeldreform profitieren 660 000 Haushalte – das ist schon eine Menge –; knapp 200 000 Haushalte werden durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten. Rund 20 000 Wohngeldhaushalte würden ohne Reform Ende 2020 auf die Grundsicherung für Arbeitslose, also auf Leistungen des SGB II, angewiesen sein. Weitere 5 000 Haushalte kommen raus aus der Sozialhilfe, also aus dem SGB XII, und erhalten Wohngeld. Hinter diesen Zahlen stehen Zehntausende Menschen. Insofern ist die Novelle auch eine bedeutende Sozialreform dieser Wahlperiode.

Mit der jetzt erstmals festgelegten Dynamisierung des Wohngeldes passen wir das Wohngeld automatisch alle zwei Jahre an die Miet- und Einkommensentwicklung an. Nun kann man sagen: Das muss jährlich passieren. – Wenn wir uns für eine jährliche Anpassung entschieden hätten, hätten Sie wahrscheinlich eine halbjährliche Anpassung vorgeschlagen. Das ist ein merkwürdiger Wettbewerb. Chris Kühn, das Bündnis 90/Die Grünen die Dynamisierung erfunden haben: Darauf ist vorher noch niemand gekommen? Das ist eine neue Erkenntnis für mich. Aber manchmal nimmt man etwas für sich in Anspruch. Das ist irgendwie auch beeindruckend. Jedenfalls nehmen wir Zehntausenden Menschen, die Angst haben, zwischen den Systemen hin- und hergeschoben zu werden – es ist richtig, was der Herr Föst da gesagt hat –, diese Angst. Wir beenden den Drehtüreffekt. Wir stärken damit Menschen mit niedrigem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt den Rücken. Das wollen wir auch. (D)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Emmi Zeulner [CDU/CSU])

Das war eine zentrale Forderung der SPD.

Das Wohngeld trägt die Handschrift der SPD. Wir wissen, dass viele Menschen dringend auf mehr Wohngeld angewiesen sind. Wir wollen sie nicht länger warten lassen. Die Reform des Wohngeldes ist deshalb nötig. Sie rückt jetzt in greifbare Nähe. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie möglichst schnell wirksam wird!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Ich bedanke mich für die Rede und erteile als voraussichtlich letzter Rednerin in dieser Debatte der Kollegin Emmi Zeulner das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Emmi Zeulner (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute erstmalig das Wohngeldstärkungsgesetz beraten; denn dieses Gesetz wird für viele Haushalte in Deutschland positive Auswir-